

voran

ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr.2. Februar 1974

Preis 50 Pf.

Krise '74: Lösung nur auf sozialistisch !

"Die Wirtschaft der BRD ist gegenwärtig in einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung. Wir haben Vollbeschäftigung, das soziale Klima ist stabil...." sagte Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 18.1.1973.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 12 Monaten zeigte erneut, wie unberechenbar das kapitalistische System ist. Seit dieser Regierungserklärung ist die Arbeitslosenzahl auf über eine halbe Million, die Zahl der Kurzarbeiter in 6 Monaten von 11.248 auf 161.300 angewachsen; davon sind dreiviertel Beschäftigte der Textil-, Kleidungs- und Schuhindustrie.

WIRTSCHAFTSPROGNOSE: - SCHLECHTE NACHRICHT FÜR DIE KOLLEGEN.

Bürgerliche Wirtschaftsexperten rechnen mit einer Steigerung der Zahl der Arbeitslosen auf eine Million bis Ende des Jahres! Auch die Preise wurden nicht geschont: Lebensmittel, Miete, Oel, Heizöl, Benzin usw wurden stark verteuert. Der Preis bei Brot kletterte um 9%, Gemüse um 14,3%, Obst um 16,5%, Fischen um 23,8%, Kartoffeln um 55,6% innerhalb eines Jahres.

Die Prognose des Sachverständigenrates für dieses Jahr lautet:

o bei sinkendem Bruttosozialprodukt von 6% 1973 auf 1% 1974 -
(die Zeitschrift WIRTSCHAFTSWOCHE erwartet sogar 0%!)

o steigende Arbeitslosigkeit -
o Inflation von 7 bis 8% -
o Gewerkschaften dürfen nicht

mehr als 8,5% mehr Lohn fordern
Das heißt: - für die Arbeiterklasse verschleierte Lohnstopp und ein Angriff auf ihren Lebensstandard!

Wirtschaftsminister und Koalitionspartner" Friderichs redet offen von 'Lohnleitlinien'; SPD-Arbeitsminister Arendt behauptet: "Kurzarbeit ist besser als Arbeitslosigkeit."

INHALT

Leserbriefe	S.3
Juso Bundeskongreß	S.4
Sowjetunion heute	S.6
England in der Krise	
Einladung der LPYS	S.8
Arbeitersolidarität	
BRD/Chile	S.10

Angesichts dieses Lohnstopps, der Arbeitslosigkeit und steigender Inflation sehen sich breite Schichten der Arbeiterklasse gezwungen, ihren Lebensstandard zu verteidigen. Ihre Forderungen sind für die jetzt beginnende Tarifrunde: 15% - 18% mehr Lohn:- IGM, ÖTV usw.

Wie kampfbereit diese Schichten schon jetzt hinter ihren Forderungen stehen, zeigen die spontanen Streiks von 1973, ebenso in letzter Zeit die Streiks und Demonstrationen der 10.000 Mannesmänner in Duisburg, der 13.000 Bergarbeiter im Saarland für eine Fortsetzung der Teuerungszuschläge und die Demonstration der 10.000 Textil- und Bekleidungsarbeiter in Bonn.

Schon wieder beginnen die Kapitalisten - mit ihrem Vertreter in der Regierung, die FDP - ein Geschrei und warnen, daß diese Forderungen "die Marktwirtschaft gefährden". Bundeswirtschaftsminister Friderichs (FDP) droht mit Massenarbeitslosigkeit, falls die Gewerkschaften nicht "maßhalten"; Tariferhöhungen "dürfen 10% nicht überschreiten"; Innenminister Genscher (FDP) warnte erneut von "überhöhten" Forderungen der Gewerkschaften - sie würden 'Stabilität und Arbeitsplätze gefährden'.

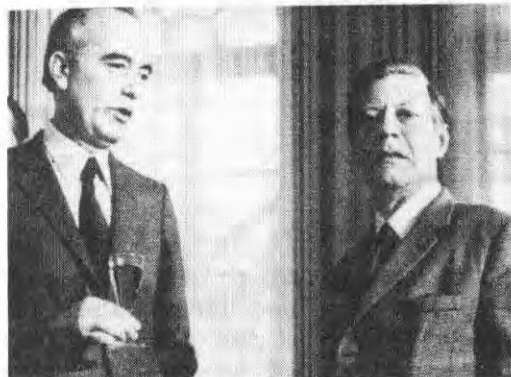
"MIT DER SPD - ABER OHNE SOZIALISMUS !"

Bei einem Geheimtreffen der FDP-Spitze im September letzten Jahres auf dem Bonner Venusberg wurden schon die FDP-Parolen für den nächsten Wahlkampf geplant. In Anlehnung an die Parole "Mit der CDU - aber ohne Adenauer", die den Liberalen 1961 mit 12,8% Bundestagswahlstimmen ihren bisher größten Erfolg einbrachte, wollen sie jetzt ihre Rolle als Garant kapitalistischer Interessen in der Koalition mit der Parole "Mit der SPD - aber ohne Sozialismus" deutlich machen. Zum Verhältnis der FDP zu der CDU/CSU sagte Genscher, daß es 'zu einer Normalisierung' gekommen sei. Damit erhält die Arbeiterbewegung eine klare Warnung.

Was soll dieses Geschwätz von "Gefährdung der Marktwirtschaft"? Die Arbeiterklasse bestimmt nicht, was in der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur produziert wird, deshalb trägt die keine Schuld an dieser Krise. Die alleinige Schuld trägt die Klasse der Fabrikbesitzer, Bankiers und Spekulanten. Sie entscheidet wo und wieviel investiert und produziert wird, um Profit zu machen.

ABSOLUTE SPD-MEHRHEIT

Man muß die Frage an die SPD-Führung stellen: wie ist es möglich, die Forderungen der Arbeitnehmer durchzusetzen, wenn man mit einer solchen offenen kapitalistischen Partei zusammenarbeitet? In den Reihen der SPD und der Gewerkschaften werden Stimmen gegen diese Rolle der FDP laut; der Vorsitzende der Gewerkschaft Leder, erklärte bei der Eröffnung des 8. Frauentages seiner Gewerkschaft, daß die FDP zu einem Bremsklotz für eine umfassende sozialpolitische Entwicklung geworden sei.



Es ist jetzt höchste Zeit, mit der FDP zu brechen. Nach Meinungsumfragen ist das Vertrauen zur SPD gesunken. In diesem Jahr, in dem Wahlen wieder stattfinden, muß die SPD in den Wahlkämpfen die wahren Schuldigen aufzeigen und nicht Versprechungen machen, die sich wegen der Koalition mit einer kapitalistischen Partei nicht verwirklichen lassen. In der SPD muß der Kampf aufgenommen werden zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse, d.h. für eine Politik zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards; in einer Situation wirtschaftlicher Stagnation kann eine solche Politik nur gegen das Kapital sein, also eine sozialistische Politik mit dem Ziel, die Hebel der wirtschaftlichen Macht in Staatshänden zu konzentrieren. Anfänge, wie zB die Beschlüsse der nordrhein-westfälischen SPD in Münster zur Verstaatlichung der Banken sind getan; es gilt sie zu erweitern und durchzusetzen: die Voraussetzung hierfür ist eine absolute Mehrheit im Parlament und eine klare Kampagne für den Sozialismus.

1969 und 1972 versprach uns die SPD-Führung "einen Kampf gegen Bodenspekulation, eine Politik für Preisstabilität und wirtschaftliches Wachstum". Die Bodenspekulation geht weiter. Der gegenwärtige Rückgang, der ihre Wurzeln nicht in erster Linie in der Ölnknappheit hat, sondern in dem von den Marxisten vorausgesagten Investitions- und Handelszyklus des Kapitalismus, macht solche guten Vorsätze zu leeren Wörtern.

Die Frage ist: was nun? Soll das Reformprogramm warten, bis 'bessere Zeiten' kommen? Es kann nicht die Rolle unserer Partei sein, den "Karren aus dem Dreck" auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu ziehen. Dafür haben wir den Wahlsieg der SPD vom November 1972 nicht erkämpft!

Wir müssen da wieder anfangen, wo die SPD vor dem ersten Weltkrieg gestanden hat: auf einem konsequenten sozialistischen Programm, d.h. einem marxistischen Programm.

Die SPD muß in den Ortsvereinen, in den Bezirken und im Parteipräsidium die Tarifkämpfe der Gewerkschaften mit allen Mitteln unterstützen!

Das Reformprogramm verwirklichen - durch Verstaatlichung der 100 Großkonzerne!

Keine Zusammenarbeit mit dem Kapital!
Für eine sozialistische Wirtschaftsordnung!
Auflösung der Koalition mit der FDP!
Neuwahlen und eine SPD-Mehrheit!
Für ein marxistisches SPD-Programm!

VORAN zur sozialistischen Demokratie! ■

LESEBRIEFE

Schreibt uns über Eure Juso-AG!
Schreibt uns mit Kritik, Vorschlägen!

- * Liebe Genossen! Hiermit möchte ich eine Sammelbestellung für ein 10-fach Abonnement der Zeitschrift VORAN! aufgeben. Uns scheint das Material geeignet, die Arbeit der Jungsozialisten in unserem Kreisgebiet zu forcieren. Gerade der Mangel an verständlichen, die konkrete (Betriebs- und Gewerkschafts-) Arbeit berührenden Informationen hat wohl dazu geführt, daß Lehrlinge, Jungarbeiter usw in unserer Organisation nur die (wenn überhaupt) 2. Geige spielen. Das Vorlegen von Beschlüssen der Bundeskongresse hat wohl noch keinen der Juso-Arbeit nähergebracht, oder ihn in die Lage versetzt, sich in Diskussionen zu behaupten. Dies mag wohl auch der Grund sein, weshalb viele anpolitisierte Kollegen sich jetzt bei der SDAJ oder maoistisch orientierten Gruppen mit fertiger Theorie usw befinden. Ich hoffe, Ihr findet so viel Unterstützung, Euer Arbeit weiter zu führen! Mit sozialistischem Gruß, HS, (aus Südwestdeutschland). ■

- * Liebe Genossen! Alle Länder vereinigt Euch und kämpft für eine sozialistische Demokratie! Diesen Leitsatz, den es von der wieder von Neuzersplitterungen bedrohten Linken notwendiger denn je zu befolgen gilt - wie Ihr ja auch u.a. mit Eurer Zeitung verständlich zu machen sucht - vermisse ich in der offiziellen Juso-Politik (Volksfront-Frage!), wie auch die offene, breite Verbandsdiskussion um marxistische Positionen.....

Ich selbst bin aktiver Jungsozialist und kann mir bestätigen, daß der Parteiarbeit die meiste Zeit geopfert wird, der Basismobilisation - so utopisch es auch noch klingt (zumindest im schwärzesten Emsland) widmet sich kaum jemand. Theoretische Weiterbildung wird sowieso nicht betrieben; vielmehr erzählen uns die Juso-Stadträte - die im Übrigen gar nicht wissen, was sie im Stadtrat sollen - daß sie auf einer Besichtigungsfahrt (selbstverständlich auf Stadtkosten) das Harzgebirge (sprich DDR-Grenzen) bestaunt hätten !.....

Ich bitte Euch mir 12 Exemplare der ersten Nummer von VORAN! zuzusenden. Es verbleibt mit sozialistischen Grüßen, IF, (Emsland). ■

JUSOS - es kriselt,

Die Jungsozialisten in der SPD haben München zum Ort des diesjährigen Bundeskongresses gewählt. München hat in der Geschichte der proletarischen und jungsozialistischen Bewegungen in Deutschland eine bedeutende und schicksalhafte Rolle gespielt: er war Ort einer Räterepublik, Hochburg des Faschismus. Von 1965 bis 1967 hatten die Jusos einen Münchener Vorsitzenden, der jetzt der CSU angehört. Der Münchener Juso-Bundeskongreß 1969 stand in einem Zeichen eines völlig neuen Juso-Gefühls, als die Öffentlichkeit feststellte, daß sich die Plakatkleberpartei Jugend von einst zum stärksten Teil des linken SPD-Flügels gewandelt hatte.

Die Jusos im Unterbezirk München hatten Anfang der 70'er Jahre große Auseinandersetzungen mit ihrem Oberbürgermeister, der inzwischen einen Bonner Ministersessel inne hat. Schließlich wählten die bayrischen Jusos Ende vergangenen Jahres in ihrer Landeshauptstadt ihren vor 6 Monaten gekürten Landesvorsitzenden ab, weil er, wie selbst der Bundesvorsitzende Koth meinte: "seine programmatische Rede an der Springer-Presse und der übrigen reaktionären Presse präzisiert habe".

Ist die Wahl Münchens als Konferenzort reiner Zufall oder - wie die BRD-Presse vermutet - Symbol neuer Entwicklungen innerhalb der SPD-Jugendorganisation?

JUSOS IN PARLAMENTEN UND PARTEIFUNKTIONEN

In der Tat gärt es innerhalb der Juso-Organisation. Die Führungsspitze von 1969/70, die sich zum "langen Marsch durch die Institutionen" aufmachte und "systemüberwindende, antikapitalistische Strukturereformen" auf die Tagesordnung setzen wollte, ist inzwischen nach Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen in Parlamente und Gemeinderäte vorgezogen.

Die bisherigen Resultate lassen darauf schließen, daß diese Genossen mit ihrem jugendlichen Elan nicht so recht vorangekommen sind.

Juso-Parlamentarier müssen auf die Frage passen, ob ihre bisherige Kleinarbeit die BRD dem Sozialismus nähergebracht habe.

Manche fühlen sich - wie der Münchener Ex-Juso Schöffberger - nur noch halblinks, passen sich den parlamentarischen Umständen an und werden so zu Routineparlamentariern, Andere ziehen sich frustriert und enttäuscht aus ihrer Arbeit zurück.

Ein Bein in der Doppelstrategie, die Basismobilisierung, blieb verkümmert. In SPD-Ortsvereinen, Kreisverbänden, Unterbezirken und Landesverbänden war dafür eine umso größer Juso-Aktivität zu spüren: Teilweise heftig wurde ein innerparteilicher Positionskampf ausgetragen, aus dem zahlreiche Jungsozialisten als neue Inhaber verschiedenster Parteiämter hervorgingen.

Jungsozialisten in der SPD Bundeskongreß

Ein blutiges Beispiel für eine fehlerhafte Politik der antikapitalistischen parlamentarischen Reformen bot sich den Jungsozialisten im chilenischen Militärputsch (s. genaue Analyse in VORAN! Nr 1.) Karsten Voigt - ex-Juso-Chef - und der hessische SPD-Bundestagsabgeordnete Erwin Horn, wiesen angesichts der tödlichen Erfahrungen Salvador Allendes mit der Militärspitze auf Parallelen zur Bundeswehr hin. Chile wird die Jusos sicher noch lange beschäftigen.

JUSO - ARBEIT

ABSEITS DER ARBEITERKLASSE

Im Rahmen der Doppelstrategie wurden Juso-Arbeitsgemeinschaften in der ganzen BRD auf kommunalpolitischem

- was nun ?

Gebiet aktiv; sie initiierten Bürgerinitiativen, Kindergärten, besetzten Häuser oder bauten mit eigenen Händen Kinderspielplätze. So positiv wie dies auch sein mag - Erfolgsmeldungen bezogen sich zumeist darauf, daß irgendeine kommunale Behörde wenigstens äußerlich zum Handeln gezwungen wurde. Fanden solche Aktionen, die immerhin im Mittelpunkt der Juso-Arbeit vielerorts standen, eine Resonanz in Bevölkerungskreisen, dann fast ausschließlich in bildungsbürgerlichen Schichten, die sich aus ihrem Interesse an Kindererziehung und Spielplatzpsychologie heraus von den Jusos angesprochen fühlten und in den akademischen Initiatoren ebenbürtige Gesprächspartner fanden.



„Weichte, Satan!“

Reinische Post, 16. 3. 71

RP-Karikatur R. Cendes

Schon aus diesem idealistischen Ansatz heraus war es unmöglich, große Teile der arbeitenden Bevölkerung anzusprechen. Es war diesen Juso-Genossen in ihrem Aktionismus entgangen, "daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw treiben können," - wie sich Friederich Engels am Grabe von Karl Marx ausdrückte. Wenn Worte wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Bau-, Textil- und Automilbranche bereits aktuell sind, wird sich die Mehrheit der Bevölkerung wohl kaum für nebensächliche Dinge wie Spielplätze interessieren. Demzufolge laufen die Jusos die Gefahr, sich vollends zu isolieren.

KLUFT ZWISCHEN BUNDESVORSTAND UND BASIS

Die politische Praxis hat die bisherige Juso-Strategie in vielen Punkten in Frage gestellt. Dies schlug sich an der Basis nieder. In Hamburg und Berlin geht und ging der Stamokap um. Er war ein Hauptthema des Bundeskongresses in Bad Godesberg 1973. Die bürgerliche Presse vermerkte mit Entsetzen, daß es in der SPD "noch linker als Juso" geht.

Auch außerhalb der Stamokap-Bewegung machten sich zumeist akademische, studentische Gruppierungen (wie die SOAK) daran, "anti-reformistische" Politik zu betreiben.

WIE DIE BÜRGERLICHE PRESSE UNS SIEHT.

Mehr und mehr Jusos sahen ein, daß schon allein die Regierungsbeteiligung der FDP jegliche Vorbereitung für eine sozialistische Strategie verhindert.

Zwischen Juso-Führung und Basis entstand eine Kluft, eine immer größer werdende Zahl fragte und fragt noch nach der Rolle der S P D, ihrem "systemintegrativen Charakter", untersucht kritisch die auf Gewinnung von Wählerstimmen beschränkte reformistische Strategie, die "periodisch-ritualisierte Akklamationsfunktion für oligarisch verselbstständigte Funktionäre" (wie eine unserer neuen proletarisch orientierten Juso-Tendenzen es ausdrücken wollte !!), sieht die "Doppelstrategie" als eine "rein organisatorische Möglichkeit" und erkennt die Notwendigkeit einer "verstärkten basisorientierten Arbeit der Jusos".

BASISMOBILISIERUNG - JA, ABER WIE ?

Diese grundsätzlichen Auseinandersetzungen sind mit dem Münchener Kongreß sicherlich noch nicht beendet. Wolfgang Roths Vorstand hat auf alle Versuche der Basis, kritisch zu reflektieren, energisch reagiert. Gegen kritische Genossen werden da Argumente in Form von Schlagworten wie "Chaoten", 'inkonkrete Maximalisten', 'Illusionisten',

Fortsetzung S.11

50 Jahre nach Lenins Tod -

SOWJETUNION

Vor rund zwei Jahren gab die Sowjetunion offiziell bekannt, daß ihre Stahlproduktion zum ersten Male 120 Millionen Tonnen erreicht hatte und damit die USA auf diesem Gebiet überrundet waren. Die verstaatlichte Planwirtschaft der UdSSR hatte diese historische Leistung ermöglicht.

Wenig später ging eine andere Nachricht rund um die Welt: die SU hatte sich in einem Handelsvertrag mit Franco-Spanien verpflichtet, spanischen Stahl abzunehmen.

*) Wie läßt sich dieses erklären ? Aus marxistischer Sicht spricht nichts dagegen, daß ein Arbeiterstaat wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen mit kapitalistischen Ländern aufnimmt. Im Gegenteil: solange die Revolution isoliert bleibt, und dieses gilt besonders für ein rückständiges Land, sind solche Beziehungen absolut unvermeidlich.

LENINISMUS UND AUBENHANDEL

"Wir sind unbedingt für ein wirtschaftliches Übereinkommen mit Amerika; mit allen Ländern, b e s o n d e r s aber mit Amerika."

Dieser Satz Lenins aus dem Jahre 1919 drückt deutlich aus: als die junge Sowjetrepublik noch ein relativ gesunder demokratischer Arbeiterstaat war, bemühten sich die Bolschewiken um politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Westen - unter gewissen Bedingungen waren sie sogar bereit, westlichen Industriellen die Eröffnung von Fabriken auf Sowjetterritorium zu gestatten. Die Gründe für diese Politik liegen klar auf der Hand: aus einer Position äußerster Schwäche heraus (Ende des verheerenden Krieges und Bürgerkrieges, sechs Millionen Hungertote, Halbierung der Einwohnerschaft Moskaus und Petrograds) mußte der Arbeiterstaat mit dem Weltkapitalismus verhandeln. Auf der anderen Seite hatte Lenin erkannt, daß es unmöglich ist, den Sozialismus in einem einzelnen Land aufzubauen. Bis zum Tode Lenins vor 50 Jahren war diese Erkenntnis eine offizielle These der Bolschewiken: ein isolierter sozialistischer Staat kann nicht unabhängig vom kapitalistischen Weltmarkt handeln.

*) Kurz vorher hatte die Einfuhr polnischer Kohle in sowjetischen Frachtern den Bergarbeiterstreik der Asturias (Nordspanien) zum Scheitern gebracht.)

SOWJETUNION - EINE WELT FÜR SICH?

Mit Stalins Aufstieg fiel diese These weg und wurde durch das Schlagwort "Sozialismus in einem Land" ersetzt. Diese neue These entsprach genau den Interessen der emporkommenden Bürokratie. Jahrzehntlang begründeten die Stalinisten diesen Kurswechsel mit der Größe und Eigenständigkeit ihres Landes: in ihren Augen besaß die Sowjetunion alles zum Aufbau des Sozialismus Notwendige. Wäre die Sowjetunion eine Welt für sich, so könnte man dem uneingeschränkt zustimmen.

Der junge Arbeiterstaat entwickelte sich jedoch unter den Bedingungen wirtschaftlicher Zurückgebliebenheit und imperialistischer Einkreisung und Bedrohung. Innenpolitisch war die Arbeiterklasse von einer Unmenge kleiner Grundstücksbesitzer umgeben, außenpolitisch von feindlichen Ländern, die all die Vorteile einer langen, kapitalistischen Entwicklung auf wissenschaftlichem, technischem und medizinischem Gebiet vorweisen konnten. Diese Faktoren bildeten die Ursache für die Degeneration der russischen Revolution.

VERSORGUNGSSCHWIERIGKEITEN IN DER SU

Trotz kollossaler Erfolge der sowjetischen Planwirtschaft wird der sowjetische Arbeiter und Bauer immer seinen Lebensstandard mit dem seines westlichen Klassenbruders vergleichen. Für die Masse der Bevölkerung drückt sich der Fortschritt nicht in Zahlen über die Stahlproduktion aus, sondern in der Verfügbarkeit billiger und guter Verbrauchsgüter.

Riesige Schlangen vor Warenhäusern und Bäckereien, große Versorgungsengpässe, Devisenschmuggel und Schwarzumtausch, Stadt-Land-Gefälle, das sind nicht bloß kapitalistische Muttermale im 57. Wiederkehr der Oktoberrevolution, sondern eindeutig Symptome für das Versagen der These vom "Sozialismus in einem Land".

Sozialismus in einem Land?

HEUTE



LENIN -
INTERNATIONALISMUS



STALIN -
NATIONALIST - BÜROKRAT

Die Stalinisten bewiesen mit ihren Untaten, was sie mit ihren Wörtern immer abstritten: die Unmöglichkeit, in irgendeinem Land ein sozialistisches System zu errichten, das nicht den Zwängen der kapitalistischen Weltwirtschaft unterworfen ist.

BÜROKRATISCHE FEHLPLANUNG

Die sowjetische Planwirtschaft hat trotz widriger Umstände nicht zu übersehende Erfolge erzielt. Der alte zaristische Agrarstaat wurde industrialisiert, Wissenschaft und Technik machten große Schritte nach vorne. Dennoch scheint in vielen Gebieten der SU die Wirtschaft keine Fortschritte zu machen. Nach offiziellen Zahlen fiel die Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft von 7% 1965/66 (die ersten zwei Jahre nach Breschnews Amtsantritt) auf 5% im Jahre 1971.

Die Landwirtschaft ist immer noch die Achillesferse der Sowjetwirtschaft. Mißernten lassen sich oft mit dem zumeist ungünstigen Klima des Landes (etwa im Vergleich zu den USA) erklären; aber warum sind denn die Ernteerträge so bedingungslos klimatischen Umständen ausgeliefert, daß 1973 26 Millionen Tonnen Getreide von den USA und Kanada importiert werden mußten?

Die Schwierigkeiten der UdSSR auf dem Agrarsektor sind klare Zeichen bürokratischer Fehlleistung. Der bürokratische Apparat der Sowjetunion operiert ohne demokratische Kontrolle und das freie Recht zur Kritik durch die Arbeiter, Bauern, Hausfrauen und Konsumenten des Landes. Nur so könnte man den Bürokratenwillkür und die bornierten Interessen der führenden Schicht beseitigen.

Die Prawda bezeichnet Lücken in der Silo-Konstruktion in einem groß angelegten Aufmacher als einen ersten Bruch der Staatsdisziplin. Das Gewerkschaftsblatt Trud berichtete, daß aufgrund von Kürzungen an Arbeitskräften und wegen schlechter Planung ganze Farmen, zahlreiche Mähdrescher und Traktoren still lägen.

Die Wurzeln dieses Übels liegen nicht in mangelnder Disziplin dem Staat gegenüber, sie sind vielmehr in der rein bürokratischen Verwaltung der riesigen Sowjetunion zu sehen.

BRESCHNEW KOMMT NIXON ZU HILFE

Der Bankrott dieser stalinistischer Politik wurde in der Ära Breschnew offiziell bescheinigt. Alte Argumente mit "Autarkie" und "Selbstversorgung" wurden über Bord geworfen, der Anteil der UdSSR am Welthandel ist so hoch wie noch nie. Der Watergate-Skandal bot der Sowjetführung die ideale Gelegenheit, die Fäulnis des kapitalistischen Systems allgemein und des Nixon-Regimes im besonderen herauszustellen. Nichts dergleichen geschah.

Fortsetzung S 9.

ENGLAND

3 Tage-Woche; sinkender Lebensstandard; Massenstreiks; Linksrück der Labour Party

Die Krise des westeuropäischen Kapitalismus betrifft Großbritannien besonders stark, weil die Arbeiterklasse - besonders die Bergarbeiter, die Bahnarbeiter und viele andere Gewerkschaften mit Nachdruck ihren Lebensstandard gegenüber einer Inflationsrate von mehr als 11% mit Kampfmaßnahmen verteidigen wollen.

Die konservative Regierung sucht verzweifelt nach einer Lösung, die die Industrieprodukte billiger macht und damit den Marktanteil der britischen Kapitalistenklasse aufrechterhält und erweitert. Sie fühlt sich gezwungen, gegen die organisierten Arbeiter mit Lohnstopp und Kürzungen im sozialen Bereich vorzugehen, stoßen aber auf den erbitterten Widerstand der 10 Millionen in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Die Streikwelle, die 1973 lief, war die größte seit 1926 - Jahr des Generalstreiks gegen Lohnkürzungen der Bergarbeiter - sie läßt sich nur aus den Angriffen der Kapitalistenklasse auf die (bescheidenen) Errungenschaften der Gewerkschaften erklären.

FEHLER DER LABOURREGIERUNG 1964 - 70

Die Konservativen gelangen 1970 wegen der Fehler der 1964 - 70 amtierenden Labourregierung an die Macht. Die Labour Party versuchte ein Reformprogramm (dem SPD-Programm vom November 1972 verblüffend ähnlich) auf der Basis eines verrotteten Kapitalismus durchzusetzen, stoßen auf den Widerstand der Kapitalisten und führten stattdessen ein Programm der Konterreformen durch. 1969 versuchte sogar die Labourführung unter Harold Wilson, Roy Jenkins und Barbara Castle ein Anti-Gewerkschaftsgesetz durchzusetzen. Die Gewerkschaften und der linke Flügel in der Partei brachten zwar dieses Gesetz zum Scheitern, verhinderten aber nicht, daß die Basis der Labour-Wähler dadurch zur Demoralisierung gebracht wurden. 2 1/2 Millionen Stimmenthaltungen Labour-Wähler erlaubten es den Konservativen eine Mehrheit der Parlamentsmandate auf sich zu vereinigen.

RADIKALISIERUNG DER ARBEITERKLASSE

Nach dieser Wahlniederlage wuchs die Unzufriedenheit der Gewerkschaften und der Parteimitglieder mit dem Programm bescheidener Reformen, die sich in der Krisensituation auf der Basis des Kapitalismus sowieso nicht verwirklichen ließ. Die organisierten Arbeiter setzten sich zur Wehr, und neue, ganz unerfahrene Schichten der Klasse wurden durch die Angriffe der neuen Regierung zum Kampf gezwungen (z.B. Krankenhauspflegepersonal, Feuerwehr, Lehrer, Bankangestellte usw). Diese Streikwelle blieb für die Labour Party nicht ohne Folgen. 1972 konnten sich die marxistischen Labour Party Young Socialists (LPYS - britische Jusos) mit ihren zentralen Forderungen zur Verstaatlichung der 300 Monopole unter Arbeiterkontrolle und -Verwaltung im Parteitag mit einer absoluten Stimmenmehrheit durchsetzen. Die Labour-Führung war dadurch zutiefst erschrocken und bot stattdessen eine "Einkaufsliste" von 25 von der nächsten Labourregierung zu verstaatlichen Konzernen (natürlich mit voller Entschädigung) an. Die LPYS kämpfte und kämpft heute für eine volle sozialistische Wirtschaftsordnung. 1973 im Parteitag ist diese Entscheidung zum Teil rückgängig gemacht worden, aber an der Basis gewinnen die englischen Jusos immer mehr an Ansehen und Unterstützung von den sich im Kampf befindenden Arbeitern. Die Notverordnung der Tories - die 3-Tage-Woche für 10 Millionen Arbeiter, maßlose Inflation und Angriffe auf die sozialen Einrichtungen kann jetzt nur mit dem Kampfprogramm der LPYS begegnet werden.

EINLADUNG AN DIE DEUTSCHEN JUSOS

Letztes Ostern fuhren viele deutschen Jusos nach Skegness in England, um der National Conference der LPYS und der anschließend organisierten politischen Woche beizuwohnen. Dort fanden sie 1.000 junge Arbeiter, die sich eine ganze Woche lang im Ferienlager der Bergarbeiter über die Forderungen,

Sowjetunion

Zuerst schwieg das offizielle Moskau eine lange Zeit, dann sah es in dem Skandal eine innenpolitische Verschwörung gegen Richard Millhouse Nixon - den besten Handelspartner der UdSSR !

Anstatt das US-System zu entlarven, überdeckte Breschnew meisterhaft die schwache Position Nixons.

Die kapitalistische Presse zeigte sich verwundert, als Mitte letzten Jahres Breschnew den durch die innenpolitische Krise tief erschütterten Nixon besuchte und sich dabei genau aufführte, wie es sich Nixon nur hätte wünschen können.

Bilder, die über Presse und TV in der ganzen Welt verbreitet wurden, bezeugten die tiefe persönliche Freundschaft zwischen dem Vertreter eines mächtigen Arbeiterstaates, der 120 Millionen Stahl produziert und militärisch an der Spitze steht, und einem korrupten und reaktionären Repräsentanten des US-Imperialismus.

IMPORTE AUS DEM WESTEN

Nachdem aus dem einst schwachen Sowjetstaat Lenins eine starke Weltmacht geworden ist, müßte im Sinne des Gründers nun eigentlich aus der Stärke der Sowjetmacht heraus eine kühne revolutionäre Außenpolitik auf der Tagesordnung stehen.

Stattdessen vertieft Breschnew die Freundschaft mit Nixon und Kissinger, den führenden Staatsmännern des kapitalistischen Westens.

Breschnew kehrte von seinen Besuchen im Westen nicht mit leeren Händen zurück. Westliche Firmen werden ihre Investitionen in der UdSSR intensivieren, das Handelsdefizit der SU erreichte 1973 die gewaltige Summe \$ 2.000.000.000 (gegenüber der westlichen Welt).

Bei den führenden Schichten der bürokratischen Arbeiterstaaten bleibt von den ursprünglichen Vorstellungen Lenins über "schwere Zugeständnisse aus einer Notsituation heraus", was den Handel mit dem Imperialismus betrifft, nichts übrig. Aus der Not haben die Bürokraten eine Tugend gemacht. ■

(Ende des 1. Teils. Der 2. Teil erscheint in Voran! 3.

England

das Programm und die Strategie der Labour Party Young Socialists unterhielten. Am Abend gingen sie tanzen, in den "Pub" oder besuchten eine der zahlreichen politischen Versammlungen - wie zum Beispiel die der MILITANT - am Rande der Konferenz selbst oder hörten Folksongs von den britischen Genossen zu.

Die LPYS halten auch zu Ostern 1974 ihr politisches Lager ab. Alle deutschen Jusos, die an der Entwicklung in England ein Interesse haben, werden von der LPYS herzlich eingeladen. Alle Bezirksvorstände kommen die genauen Informationen in der nächsten Zeit.

Die Termine sind:
vom 11.4.74 bis zum 19.4.74 (Ostern).
Der Ort ist:
Butlin's Holiday Camp, Clacton-on-Sea,
(am Nordufer der Themse außerhalb Londons).
Kosten:
rund DM 100 volle Verpflegung und Unterkunft.

Da die britischen Genossen ein echtes marxistisches Kampfprogramm entwickelt haben, da ihre Organisation vorwiegend aus jungen Arbeitern (und nicht wie in der BRD aus Schülern und Studenten) besteht, und da sie in der Arbeiterklasse und der Labour Party feste Wurzeln geschlagen haben, empfiehlt VORAN! allen deutschen Genossen, dieses Angebot der Engländer wahrzunehmen und sich einen Platz für die Woche in Clacton bei ihrem Bezirks- oder Unterbezirksvorstand der Jusos zu buchen.

Zahlreiche ausländische Gastdelegierte kommen aus Westeuropa. 1973 fand eine Reihe von internationalen Diskussionen und Debatten (selbstverständlich mit Dolmetschern) statt.

1974 will das National Committee der LPYS dazu auch ein deutsches Treffen veranstalten, damit wir den Gastgebern unsere Vorstellungen vorlegen können. Meldet Euch für die Fahrt bald an! Versucht von der SPD Zuschüsse zu bekommen; im Notfall wendet Euch an VORAN! für Hilfe bei Buchungen, gemeinsamen Fahrten usw. ■

Arbeitersolidarität — BRD-Chile!

In Anlehnung an den Chile-Artikel in der ersten Nummer von VORAN! (Offener Brief an Allende-Anhänger - November 1973) hat ein Genosse einen Antrag über Solidarität und Kritik an die Politik der UP-Politik in Chile der Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten in Baden-Württemberg vorgelegt und durchgesetzt. VORAN! druckt diesen Antrag hier ab, weil wir glauben, daß Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse eine Pflicht für die Arbeiterklasse in anderen Ländern ist. Spenden allein aber nützen nur wenig, Solidaritätsausrufe weniger. Die westdeutsche Arbeiterbewegung muß zum Handeln aufgerufen werden.

Wir fordern unsere Leser auf, weiterhin Solidaritätsspenden zur Unterstützung des Kampfes und der besonders gefährdeten Flüchtlinge zu sammeln. Falls Ihr Euch nicht für ein anderes Spendenkonto entschieden habt, schickt bitte Spenden an:

Zentrales Spendenkonto
Kennwort "Chile"
Postscheckamt Berlin West Nr 380087 - 108
Kontoinhaberin: Elfriede Kohut.

Über die Verwendung der Spenden berichtet das Komitee "Solidarität mit Chile" in den 'Chile-Nachrichten', Berlin 61, Wartenburgstraße 17. Jede Juso Ag und möglichst viele SPD-Ortsvereine müssen Geld für unsere chilenischen Brüder sammeln

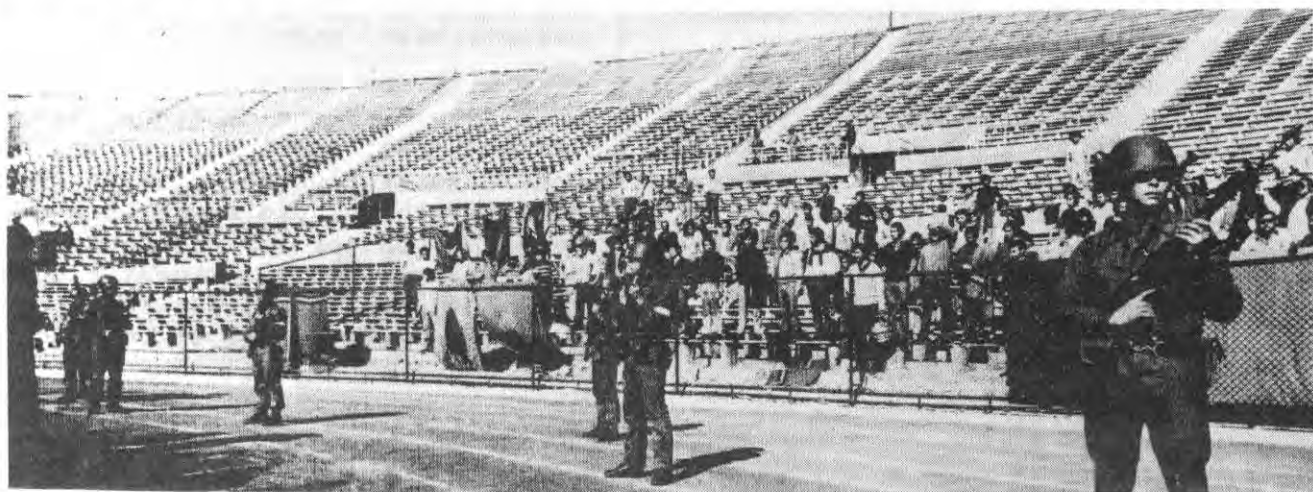
"Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

1. Wir appellieren an den DGB, unverzüglich Maßnahmen zu einem Boykott aller chilenischen Handelsbeziehungen in die Wege zu leiten, insbesondere in den Häfen und Flughäfen, bei Post und Bahn Genossen in den Betrieben und in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im DGB darauf hinwirken.

Die deutschen Arbeiter müssen dadurch offen ihre Solidarität mit ihren um den Sieg betrogenen chilenischen Klassenbrüdern zum Ausdruck bringen. Es ist in dieser Situation nicht ausreichend, rein verbale Forderungen nach administrativen Maßnahmen zu stellen. Die Bundesregierung muß durch Druck von unten zu einer klaren Haltung in der Frage der aktiven Solidarität gebracht werden.

2. Der Bundesvorstand (der Jungsozialisten. A.d.Red.) wird aufgefordert, ein neues offenes Sonderheft der JUSO-Zeitschrift zum Thema "Chile-Lehren aus dem Putsch" vorzubereiten. Dabei soll allen Jungsozialisten und Gruppierungen innerhalb der Jusos die Mitwirkung ermöglicht werden. Insbesondere wäre diese eine Gelegenheit für den Bundesvorstand, die bei den letzten beiden Bundeskongressen offensichtlich gewordenen Fehler in der Einschätzung der Lage Chiles und irreführende und verhängnisvolle Illusionen etwa über die Rolle der Armee zu revidieren, sowie für Westeuropa und die BRD Lehren aus der blutigen Niederlage der chilenischen Arbeiterklasse zu ziehen."

Oberkirch (Baden-Württemberg) L D K
Mit großer Mehrheit angenommen. ■ hg



Jusos

'Idealisten' und 'Voluntaristen' ins Feld geführt. Der theoretische Streit reformistisch-nichtreformistisch wird noch lange geführt werden - so wichtig er ist - fern vom Leben der Jungarbeiter.

Die Jusos sind, im Verhältnis zu den Jungdemokraten und zur Jungen Union stark, verglichen jedoch mit der Zahl der Jungarbeiter, Lehrlinge und jungen Angestellten und Studenten in der BRD sehr schwach. Alle aktiven Jusos sehen die Notwendigkeit der Basismobilisierung und stellen sich jetzt erneut die schwierige Frage nach dem Wie.

DEN ARBEITERN MARXISTISCHE ALTERNATIVE ANBIETEN !

Die lange Aufschwungsphase des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg wird von der Epoche der Stürme und Kämpfe abgelöst. Es gilt, zur Vorbereitung auf die zukünftigen Ereignisse - Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Inflation auf marxistischer Grundlage zu analysieren und die täglichen, wirklichen Probleme der jungen Menschen und der Arbeiterklasse in Massenpropaganda (und wo wir eine Basis in den Betrieben haben - Agitation auch) aufzugreifen, um dies alles als Bestandteil des Kapitalismus zu erklären und dann eine programmatische Alternative anzubieten. Den Jungsozialisten fällt vor allem anderen die Aufgabe zu, eine Perspektive der Verteidigung des Lebensstandards durch Verstaatlichung der Schlüsselindustrien als Tagesforderung (nicht im Jahre 1977 - wie der Genosse Strasser meint) jetzt aufzustellen.

1. SITUATION, 2. PAROLEN, FOLGERUNGEN

Bei einem weiteren Fortgang der heutigen Krise wird sich die deutsche Arbeit- erklasse die Frage nach einem neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System in größerem Ausmaß als bisher stellen. Wenn die Jusos nicht durch theoretisches Befassen des Marxismus und praktisches Analysieren der unmittelbaren Interessen der Mehrheit der Bevölkerung Vorbereitungen treffen, werden die kleinen und größeren maoistischen und stalinistischen Sekten diese Arbeit gerne selbst versuchen.

FÜR EIN ÜBERGANGSPROGRAMM !

Zu einer erfolgreiche Massenmobilisierung muß ein materialistischer Ansatz im Sinne von Karl Marx geleistet werden: Einfache und elementare Lebensbedürfnisse wie Essen, Wohnen, Gesundheit kann der Kapitalismus mit all seinen Schwankungen - selbst in einer Boom-Periode - gar nicht für alle befriedigen.

Diese einfach klingenden, aber hochpolitischen Fragen müssen die Grundlage für ein sozialistisches Übergangsprogramm sein, mit dem die Jusos in der Lage wären, die Jungarbeiter und ihre Väter und Mütter anzusprechen, zu politisieren und zu aktivieren.

Es bleibt meist ungelöst, wie die gelegentlich zu AG-Sitzungen erscheinenden junge Arbeiter zu halten und zu integrieren sind. Die Juso-Führung wiederholt den politischen Fehler der SPD-Führung, indem sie lediglich eine "politische" Arbeit leisten. Im Dokument für den letzten Bundeskongreß 1973 von der Kommission Betriebsarbeit beim Bundesvorstand "Strategie zur Aktivierung der Betriebe" widmen die Verfasser ganze 20 Zeilen den Problemen der Lehrlinge von 11 Seiten! Das Dok- sah als wichtig an: "die Jungarbeiter gewerkschaftlich zu organisieren, jug- endliche Vertrauensleute zu wählen und Lehrlingszentren zu unterstützen..."

Wir halten es für möglich und dringend nötig, uns sofort mit den zentralen Fragen und Problemen der jungen Arbeit- er zu beschäftigen. Jusos müssen dazu Kontakt mit Gewerkschaftsjugendgruppen auf lokaler Ebene aufnehmen, um ge- naue Informationen über die Lage dieser Gruppe zu bekommen. Die nächste Aufgabe wird dann sein, einen Forderungskatalog in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen, die wir erreichen können, aufzustellen; als Minimum muß ein solcher Katalog behandeln:

1. Die Erfahrung der jungen Arbeiter im Bildungssystem.
2. Die Mißstände in der Berufsausbildung, (Benachteiligung von Mädchen)
3. Die Arbeitsbedingungen während der Lehrzeit.

VORAN!

zur sozialistischen
Demokratie!

4. Die Bezahlung des jungen Arbeiters
verglichen mit der des Erwachsenen
5. Notwendigkeit gewerkschaftlicher
Kontrolle über die Ausbildung
6. Die Unmöglichkeit, unabhängig vom
Elternhaus zu leben
7. Die Mißstände im Freizeitbereich
8. Die mißachteten Rechte des Bundeswehr-
soldaten und des Kriegsdienstverweigerers
9. Die Misere im Wohnungswesen für Jung-
verheiratete
10. Eine Schilderung des Kapitalismus
und der sozialistischen Alternative.

Ein solches Jugendprogramm, energisch
vertreten und verbreitet, könnte uns
eine feste Basis in der Arbeiterjugend
schaffen.

Eine proletarische Juso-Organisation
könnte eine sozialistische Politik in
der SPD viel leichter durchsetzen,
eine breite Bevölkerungsmehrheit für
die SPD garantieren und Deutschland
die Voraussetzung für den Übergang zur
sozialistischen Demokratie schaffen.

'RAUS AUS DEM ELFENBEINTURM !

Bloße verbale Sozialismuspropaganda
läßt die breiten Schichten der Bevölke-
rung ratlos, was nun praktisch zu mach-
en sei.

Nur das Übergangsprogramm kann die nöt-
ige Brücke zwischen dem gewerkschaft-
lichen Tageskampf zur Verteidigung des
Lebensstandards und dem sozialistischen
'Fernziel' schlagen.

Der Bundesvorstand muß die Juso-Antwort
auf die Krise geben:

- o Arbeitsplatz oder vollen Lohn !
- o Eine gleitende Lohnskala gegen Inflation!
- o Offenlegung der Geschäftsbücher !
- o Gewerkschaftliche Preiskontrolle !
- o Verstaatlichung der 100 Großkonzerne
unter Arbeiterverwaltung und -kontrolle!
- o Das SPD-Reformprogramm durch Übernahme
der Schlüsselindustrien verwirklichen!

Macht diese Forderungen zu der
Kernpolitik der Jungsozialisten in der
SPD 1974 ! Voran zur sozialistischen
Demokratie! ■

KOLLEKTIV VORAN! *

Die erste Ausgabe von VORAN ! ist
in mehreren Städten der BRD gut
angekommen. Bei den Bezirkskonfer-
enzen der Jusos in Westlichem
Westfalen und in Baden-Württemberg
verkauften wir zahlreiche Exemplare.

Juso-Arbeitsgemeinschaften mehrerer
Bundesländer haben Sammelbestell-
ungen bis zu 20 Exemplaren bei uns
abonniert, und Individuen schick-
ten uns Jahresabonnements.
Buchläden wollen die Zeitschrift
ausstellen, Juso-Info in München
brachte Werbung für VORAN!

Zwei unserer vielen Leserbriefe
drucken wir anderswo in dieser
Ausgabe.

All dies beweist uns, daß es not-
wendig ist, eine konsequente
marxistische Zeitung für die SPD
für die Jusos und für die Gewerk-
schaften aufzubauen.

VORAN! Nr 1 war also ein gelung-
ener Versuch, mit dieser Arbeit
anzufangen. Jetzt wollen wir die
Basis der Zeitung festigen.

Wir bitten alle Juso-AG's, ums.
Sammelbestellungen zu schicken
und Leserbriefe, Berichte aus
Eurer Gegend zu schreiben. Dann
werden wir in der Lage sein, eine
umfangreichere Zeitung anzubieten.

Einzel Exemplare	-	50 pf.
Ab 5 Exemplare	-	35 pf.
Jahresabonnement	-	DM 5,00.

an: KENNWORT "VORAN", 46 DORTMUND
Hauptpostlagernd, Nr A 056998.

KOLLEKTIV VORAN!

Verantw. H Thielmann.
Überweisungen auf Bank für Ge-
meinnwirtschaft, Kto Nr. 2080879001
Darmstadt.